

Unsere Argumente für Europa

- I. Europa ist unsere Zukunft
- II. Europäischer Binnenmarkt 1992: Wir schaffen den größten Markt der westlichen Welt
- III. Saubere Umwelt gibt es nur gemeinsam in Europa
- IV. Europäische Spitzentechnologie – weltweit vorn
- V. Europa ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft
- VI. Europa sichert uns Frieden und Freiheit

I. Europa ist unsere Zukunft

Europa ist wieder da

Als die Regierung Helmut Kohl im Oktober 1982 die Verantwortung übernahm, steckte die Europapolitik seit Jahren in einer Sackgasse. Zu Beginn der achtziger Jahre kennzeichneten wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten, zunehmende Uneinigkeit und politische Handlungsunfähigkeit die Lage Europas. Der damalige EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn stellte besorgt fest: „So wie jetzt geht es in der EG nicht weiter.“ (Die Welt, 12. Juli 1982)

Heute, nach sechs Jahren harter Arbeit für Europa, ist die Krise der Gemeinschaft überwunden. Dies ist vor allem das Verdienst des überzeugten Europäers Helmut Kohl, dem es gelang, mit Ausdauer, Mut und einem klaren politischen Konzept Europa Schritt für Schritt wieder flott zu machen. Heute können wir sagen: Europa ist wieder da.

Wir haben Europa wieder auf Erfolgskurs gebracht

Durch konstruktive Reformen wie die Einheitliche Europäische Akte, mit der die Grundlagen für die Lösung der Zukunftsaufgaben der EG geschaffen wurden, sowie durch die richtungweisenden Beschlüsse von Brüssel (Februar 1988) und Hannover (Juni 1988) hat Europa unter der deutschen Ratspräsidentschaft wieder klare Perspektiven für die Zukunft gewonnen. Die Grundlage der Gemeinschaft ist wieder gefestigt, sie hat in der Finanz-, Agrar-, Struktur- und Umweltpolitik ihre Handlungsfähigkeit zurückgewonnen und neuen Schwung auf dem Wege zum Europäischen Binnenmarkt 1992 bekommen.

Die in- und ausländische Presse würdigt diese Leistung Helmut Kohls bei der Wiederbelebung Europas. So schrieb zum Beispiel die Süddeutsche Zeitung am 27. Juni 1988: „Die deutsche Präsidentschaft war — gemessen am politischen Stillstand der Vergangenheit — ein starkes Halbjahr für Europa. Tatsache ist, daß die Europäische Gemeinschaft in den letzten sechs Monaten mehr Fortschritte in Richtung auf eine wirtschaftliche Integration der Zwölf erlebt hat als in den sechs Jahren zuvor.“

CDU: Die Europapartei — Christliche Demokraten: Die Baumeister Europas

Das Bekenntnis zur europäischen Einigung ist eine Grundlinie christlich-demokratischer Politik. Konrad Adenauer öffnete der jungen Bundesrepublik Deutschland gegen den erbitterten Widerstand der SPD den Weg nach Europa und ins westliche Bündnis. Seine Entscheidung für den Westen war eine Entscheidung für Freiheit, Demokratie und Frieden — gegen Neutralismus und Unsicherheit.

Heute wie damals zeigen die Sozialdemokraten, daß sie keine wirklichen Europäer sind. In den fünfziger Jahren hat sich die SPD der Mitarbeit am Aufbau Europas verweigert:

- Die SPD sagte Nein zum Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in den Europarat,
- die SPD lehnte im Deutschen Bundestag die Montan-Union ab,
- die SPD lehnte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ab,
- die SPD lehnte den Beitritt zur Westeuropäischen Union (WEU) ab.

Auch heute verfolgt die SPD eine Politik, die den Fortgang der europäischen Einigung behindert und lebenswichtige Interessen der Europäer verletzt:

- sie ist mit ihren Parteitagbeschlüssen von Nürnberg (1986) und Münster (1988), die sich gegen unsere westlichen Partner und die NATO richten, aus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der westeuropäischen Staaten ausgestiegen;

- sie ebnet unter dem Deckmantel der „Europäisierung Europas“ (Irseer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD, Juni 1986) den Weg in den Neutralismus;

- sie lehnt gemeinsame Projekte für die Entwicklung von Spitzentechnologien in Europa ab, zum Beispiel den Raumgleiter HERMES sowie die Raumstation COLUMBUS, und gefährdet damit Europas Wettbewerbsfähigkeit in der Welt.

Deshalb ist klar: Nur die christlichen Demokraten werden Europa voranbringen. Zur europäischen Einigung gibt es für uns keine vertretbare Alternative. Unser Ziel bleibt die Schaffung einer Europäischen Union. Helmut Kohl: „Europa ist unsere politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft. Nur durch immer engeren Zusammenschluß kann sich ein freies demokratisches Europa für die Zukunft behaupten.“

Europa lohnt sich für uns Deutsche

Wer die europäische Einigung blockiert, schadet auch uns Deutschen, denn Europa lohnt sich für uns besonders: Niemand zieht größeren Nutzen aus der europäischen Integration als die Bundesrepublik Deutschland — wirtschaftlich und politisch.

Ohne die Europäische Gemeinschaft wäre unser wirtschaftlicher Erfolg, vor allem im Export, nicht möglich. Rund die Hälfte der deutschen Exporte geht in die Partnerstaaten der Gemeinschaft; jeder sechste deutsche Arbeitsplatz hängt heute vom europäischen Gemeinschaftsmarkt ab. Der Export in die Europäische Gemeinschaft ist und bleibt deshalb die Konjunkturstütze der deutschen Wirtschaft: 1986 wurden für insgesamt 269 Milliarden Mark Erzeugnisse auf den Märkten der heutigen EG-Partner abgesetzt.

Petrochemische Grundstoffe aus deutscher Produktion zum Beispiel werden etwa zur Hälfte exportiert, davon gehen zwei Drittel in die Europäische Gemeinschaft. Auch die deutschen Nahrungsmittelexporte werden zu zwei Dritteln in der EG abgesetzt.

1986 betrug unser Handelsbilanzüberschuß gegenüber dem Europa der Zwölf knapp 52 Milliarden Mark — ungefähr soviel wie der Gesamtumsatz des Volkswagenwerkes. Dieses Produktionsvolumen von mehr als 50 Milliarden Mark garantiert rund 700.000 deutsche Arbeitsplätze. Der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit bleiben dadurch Ausgaben in Höhe von über zehn Milliarden Mark jährlich erspart, und der deutschen Sozialversicherung fließen dadurch sechs Milliarden Mark jährlich zu. Experten schätzen, daß die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland ohne die Europäische Gemeinschaft auf rund sieben Millionen ansteigen würde.

Aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch lohnt sich Europa für uns, denn Europa macht die Bundesrepublik Deutschland politisch stärker und hat uns Frieden gebracht, der seit 40 Jahren unter den Völkern der Europäischen Gemeinschaft herrscht. Verständigung und Freundschaft haben Jahrhunderte der Gegnerschaft und des Unfriedens abgelöst. Dies ist eine der bedeutendsten Friedensleistungen der Geschichte, und wir als Deutsche sind stolz darauf, daran mitgewirkt zu haben. Die historische Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich ist und bleibt dabei ein besonderes Signal für ein friedliches Zusammenleben in Europa.

Schließlich bieten uns die Europäische Gemeinschaft und die Einbindung ins westliche Bündnis Rückhalt und Schutz angesichts der Teilung Europas und Deutschlands. Und wir

wissen: Diese Teilung ist nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu überwinden.

Europa hat auch die einzelnen Bürger einander nähergebracht. Ohne Schwierigkeiten können wir kreuz und quer durch Europa reisen, in Spanien, Italien oder Griechenland unseren Urlaub verbringen. Durch zahlreiche Städtepartnerschaften, durch Jugendaustausch und Schulpartnerschaft, durch Universitätszusammenarbeit und Begegnungen lernen wir unsere Nachbarn besser kennen. Europa lohnt sich also für jeden von uns.

Nur gemeinsam ist Europa stark in der Welt

Im Jahre 2000 werden nicht mehr als fünf Prozent der gesamten Menschheit in den Ländern der EG leben. Mit China, Indien, Brasilien oder Mexiko wird es neue außereuropäische Zentren geben. Allein dies verdeutlicht, daß Europa nur noch gemeinsam seine Stellung in der sich ändernden Welt bewahren kann.

Nur eine Europäische Gemeinschaft, die mit einer Stimme spricht, wird ihr ganzes politisches und wirtschaftliches Gewicht zur Wahrung ihrer eigenen Interessen und zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas in die internationale Politik einbringen können. Nur ein Europa, das zu einem einheitlichen Binnenmarkt zusammenwächst und technologisch an der Spitze bleibt, kann auf den Weltmärkten erfolgreich sein. Nur ein Europa, das sich in der Sicherheitspolitik zusammenschließt und im Atlantischen Bündnis verankert bleibt, kann auf Dauer Frieden und Freiheit bewahren. Deshalb ist Europa auch in Zukunft für uns Aufgabe und Herausforderung.

II. Europäischer Binnenmarkt 1992: Wir schaffen den größten Markt der westlichen Welt

Mit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte am 1. Juli 1987 haben sich die zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft verpflichtet, bis 1992 einen Markt ohne Binnengrenzen zu bilden, in dem ein freier Austausch von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital gewährleistet ist.

Der europäische Binnenmarkt mit über 320 Millionen Menschen wird die Gemeinschaft zum größten einheitlichen Wirtschaftsraum der westlichen Welt machen. Er wird neue Wachstumskräfte freisetzen und damit weiteren Wohlstand und mehr Arbeitsplätze schaffen. Er wird die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber den USA, Japan und den südostasiatischen Schwellenländern verbessern. Er wird allen Bürgern zugute kommen — Arbeitnehmern, Unternehmern und Verbrauchern.

Europäischer Binnenmarkt: Herausforderungen annehmen, Zukunftschancen nutzen

Der europäische Binnenmarkt ist die größte Herausforderung der Europäischen Gemeinschaft seit ihrer Gründung vor über 30 Jahren. Er wird ein Erfolg werden, wenn alle

— große und mittelständische Unternehmen, Handwerk, Freie Berufe, Arbeitnehmer und Gewerkschaften — diese Herausforderung annehmen und die Zukunftschancen nutzen.

Heute behindern Grenzkontrollen, technische Handelshemmnisse und Steuerschranken einen weiteren Aufschwung der europäischen Wirtschaft. Experten schätzen die Kosten eines nichtgemeinsamen Marktes auf rund 430 Milliarden Mark jährlich — das sind 1.300 Mark je EG-Einwohner. Die Abschaffung der Zollformalitäten allein bringt einen Nutzen von 22 Milliarden Mark. 163 Milliarden Mark können durch den Abbau versteckter Handelshemmnisse — dazu gehören zum Beispiel lebensmittelrechtliche Vorschriften, die es den Unternehmen gegenwärtig oft schwer machen, mit ihren Produkten auch auf Märkten jenseits der eigenen Landesgrenzen Fuß zu fassen — gewonnen werden. Durch den größeren Markt und den verschärften Wettbewerb wird sich das Bruttosozialprodukt der Europäer um 245 Milliarden Mark erhöhen.

Nur in einem gemeinsamen Markt kann sich die europäische Wirtschaftsdynamik voll entfalten. Um die Hindernisse auszuräumen, haben sich die zwölf Mitgliedstaaten ehrgeizige Ziele gesetzt. Im einzelnen wollen sie

- Waren- und Personenkontrollen abschaffen,
- unterschiedliche technische Vorschriften (Sicherheits-, Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen) harmonisieren oder gegenseitig anerkennen,
- das öffentliche Auftragswesen dem Markt öffnen,
- einen gemeinsamen Dienstleistungsmarkt errichten,
- den Kapitalverkehr liberalisieren,
- die Steuerschranken durch eine Harmonisierung der Mehrwert- und Verbrauchsteuern beseitigen und
- längerfristig eine Währungsunion mit einer europäischen Zentralbank und einer europäischen Währung schaffen.

Unter der deutschen Ratspräsidentschaft wurden dazu wichtige Entscheidungen getroffen — etwa hinsichtlich der Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Mit der Verabschiedung von über 100 von insgesamt 286 Richtlinien-Entscheidungen, die für die Schaffung des europäischen Binnenmarktes notwendig sind, ist jetzt ein Drittel des Weges zum Binnenmarkt zurückgelegt.

Europäischer Binnenmarkt: mehr Wachstum, mehr Beschäftigung, mehr soziale Sicherheit

Durch die Beseitigung der Handelshemmnisse, durch die Kostenvorteile des größeren Marktes und durch den intensiveren Wettbewerb werden neue Wachstumskräfte freigesetzt. Niedrigere Preise stärken die Kaufkraft und beleben die Nachfrage. Dies gibt den Unternehmen die Chance zu Absatzsteigerungen. Dadurch erhöhen sich auch Produktion, Beschäftigung und Realeinkommen — vorausgesetzt, die durch Rationalisierung freigesetzten Ressourcen werden wieder produktiv eingesetzt. Von dem zusätzlichen Wachstumspotential wird nicht zuletzt die Bundesrepublik Deutschland ihren Nutzen haben. Mehr Wohlstand ist zugleich eine wichtige Voraussetzung für mehr soziale Sicherheit.

Nach dem sogenannten Cecchini-Bericht der EG-Kommission ermöglicht der Binnenmarkt ■ Kosteneinsparungen von über 200 Milliarden ECU (etwa 400 Milliarden Mark) jährlich,

- eine Steigerung des europäischen Wirtschaftswachstums um 4,5 Prozent,
- einen Rückgang der Verbraucherpreise um 6,1 Prozent und
- die Schaffung von 1,8 bis fünf Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen bis Ende der neunziger Jahre.

Europäischer Binnenmarkt: Chance für dynamische, innovative Unternehmen

Der europäische Binnenmarkt bietet nicht nur großen Unternehmen Chancen, sondern auch kleinen und mittleren. Was für die Bundesrepublik Deutschland gilt, gilt auch für die EG-Partner: Kleine und mittlere Unternehmen gewährleisten durch ihre Anpassungsfähigkeit eine sichere und kundennahe Versorgung der Verbraucher; sie erschließen Marktlücken und bieten individuelle Service- und Beratungsleistungen; sie besitzen ein hohes Maß an Innovationskraft und sind damit besonders geeignet, die Rolle des Pionierunternehmens in einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft zu übernehmen. Derart anpassungsfähig, werden sie die Entwicklungschancen zu nutzen wissen, die sich sowohl aus der zu erwartenden Marktausdehnung als auch aus der zunehmenden Differenzierung der Nachfrage ergeben. Produktqualität und Service sind für die deutschen Unternehmen die stärksten Pluspunkte im Auslandsgeschäft. Zusätzliche Marktausdehnung bieten sich beispielsweise für deutsche Betriebe mit betont umweltfreundlichen Produkten.

Das Auslandsgeschäft kleiner und mittlerer Unternehmen wird durch die Beseitigung der Grenzformalitäten und der technischen Schranken wesentlich erleichtert, die Schwelle vom reinen Inlandsbetrieb zum exportorientierten Unternehmen wird gesenkt. Zumindest in grenznahen Gebieten wird sich der Austausch von Waren und Dienstleistungen verstärken.

Soweit kleine und mittlere Unternehmen Zulieferer für großindustrielle Hersteller sind, werden sie von den neuen Möglichkeiten profitieren können, die der „grenzenlose Markt“ eröffnet.

Wichtig ist, daß sich die Unternehmen ihre Chancen bewußt machen und sich auf den Binnenmarkt rechtzeitig einstellen. Noch mehr als früher sind eine fundierte Aus- und Fortbildung sowie international orientierte, mehrsprachige Mitarbeiter gefordert. Hinzu kommen müssen verstärkte Information und Beratung der Betriebe, und zwar hinsichtlich von EG-Rechtsvorschriften, Forschungsprogrammen, Beihilfen, Drittlandsmärkten und öffentlichen Ausschreibungen. Notwendig sind auch Anpassungen in den Unternehmensstrategien, zum Beispiel eine Überprüfung der Produktpalette, neue Vertriebs- und Logistiksysteme, aber auch die Bereitschaft zu Kooperationen. Ihre besonderen Stärken können kleine und mittlere exportorientierte Unternehmen jedoch nur dann ausspielen, wenn durch die Wettbewerbs-, Steuer-, Kapitalmarkt- und Sozialpolitik faire Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Der europäische Binnenmarkt nutzt den Verbrauchern

Wenn Unternehmen in der gesamten Gemeinschaft unbeschränkt um die Gunst der Verbraucher werben können, wird der Wettbewerb größer. Wettbewerb belebt das Geschäft und zwingt die Unternehmen, so kostensparend wie möglich zu produzieren. Dies kommt

dem Verbraucher zugute. Das Angebot wird reichhaltiger zu angemessenen Preisen. So könnte nach Berechnungen der schon erwähnten Cecchini-Kommission durch einheitliche Zulassungsvorschriften und Stückkostenvorteile jedes in der EG verkaufte Auto um etwa fünf Prozent billiger sein. Das derzeitige, zum Teil gewaltige Preisgefälle zwischen den einzelnen EG-Staaten wird verschwinden. Für Waren und Dienstleistungen gleicher Qualität werden gemeinschaftsweit vergleichbare Preise gelten.

Deutsche Verbraucherschutz-, Umweltschutz- und Gesundheitsschutzstandards gelten in der EG als vorbildlich; sie können sich zum Exportartikel entwickeln, auch weil die Einheitliche Europäische Akte in Artikel 100a für alle Mitgliedsländer ein hohes Schutzniveau vorschreibt.

Europas Trumpf heißt Soziale Marktwirtschaft

Der europäische Binnenmarkt bietet die Chance, die Soziale Marktwirtschaft, die die Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich verbindet, als Fundament für das gesamte Wirtschaftsgefüge der Gemeinschaft zu nutzen.

„Wir werden ein so wichtiges Vorhaben wie den Binnenmarkt nur dann verwirklichen können, wenn wir alle gesellschaftlichen Kräfte, vor allem die Sozialpartner, hierfür gewinnen. Entsprechend den Zielsetzungen der Römischen Verträge und der Einheitlichen Europäischen Akte brauchen wir einen europäischen Wirtschafts- und Sozialraum.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl)

Europa ist nicht nur ein Europa der Unternehmer und Verbraucher, sondern auch der Arbeitnehmer. Zum europäischen Binnenmarkt gehören eine soziale Flankierung und die Zustimmung der Arbeitnehmer. Auf vielen Feldern haben deutsche Lösungen heute schon Modellcharakter für die EG. Das mit der Einheitlichen Europäischen Akte eingeführte Instrument der Mindestvorschrift kann zur Verbesserung der Arbeitsumwelt in den Ländern genutzt werden, in denen das hohe deutsche Niveau noch nicht erreicht ist. Unsere Arbeitsschutzvorschriften bleiben unangetastet und können weiter fortentwickelt werden. Auch beim deutschen Mitbestimmungsmodell wird es keine Abstriche geben. Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, daß sie mit den Gewerkschaften in diesem Ziel übereinstimmt.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat während der deutschen EG-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 gezeigt, daß gerade mit Hilfe dieser Mindestvorschrift konkrete Fortschritte beim Arbeitsschutz für die Arbeitnehmer der Gemeinschaft erreicht werden können. Bundeskanzler Helmut Kohl wird noch im Herbst 1988 eine „Nationale Europa-Konferenz“ einberufen. Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften erhalten hier die Gelegenheit, zentrale europäische Fragen auf dem Weg zum Binnenmarkt 1992 zu beraten. Diese ständige Einrichtung soll unsere wirtschaftliche Stellung als „Nummer 1“ in der EG sichern und die Zukunftschancen für Arbeitnehmer und Verbraucher nutzen helfen.

III. Saubere Umwelt gibt es nur gemeinsam in Europa

Umweltschutz macht nicht an Landesgrenzen halt. Gewässer und Luft sind international — ihr Schutz muß es auch sein. Deshalb wollen wir die Europäische Gemeinschaft zu einer europäischen Umweltgemeinschaft entwickeln.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat sich bereits seit Jahren entschieden für Gemeinschaftsregelungen eingesetzt, die den erreichten oder angestrebten hohen deutschen Standards entsprechen. Das dient dem Schutz der Natur und ist auch aus ökonomischen Gründen geboten. Der Wettbewerb zwischen den einzelnen Regionen darf nicht zu Lasten der Umwelt ausgetragen werden.

Im Umweltschutz sind wir die Vorreiter in Europa

Seit dem Regierungswechsel im Herbst 1982 hat sich die Bundesrepublik Deutschland unter der Regierung Helmut Kohl zum internationalen Motor für mehr Umweltschutz entwickelt. Fortschritte sind besonders in der Luftreinhaltung erkennbar; hier wurden in den vergangenen Jahren entscheidende Schritte zu einer besseren Luftqualität unternommen. Durch die konsequenten Maßnahmen der Bundesregierung entspricht die Belastung der Luft mit Schadstoffen heute in weiten Bereichen derjenigen um 1920. Dies ist vor allem der Großfeuerungsanlagenverordnung aus dem Jahr 1983 in Verbindung mit der Technischen Anleitung Luft (TA Luft) und der Einführung von schadstoffarmen Kraftfahrzeugen zu verdanken.

Auch beim Schutz der Gewässer liest sich die Bilanz der CDU-geführten Bundesregierung positiv: Die Novellierungen der wesentlichen Wassergesetze tragen dazu bei, mit Hilfe moderner Technik die Schadstoffbelastung von Flüssen und Seen weiter zu senken. Inzwischen sind im Rhein sogar wieder Lachse gefangen worden.

Den Schutz der Nordsee haben wir bereits 1984 zu einem internationalen Thema gemacht. Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat einen Zehn-Punkte-Katalog zum Schutz der Nord- und Ostsee vorgestellt; mit den dort vorgesehenen Maßnahmen sollen vor allem die Phosphor- und Stickstoffeinträge aus kommunalen Kläranlagen und industriellen Quellen sowie die Verklappung von Dünnsäure begrenzt beziehungsweise ganz beendet werden.

Unsere Erfolge dürfen nicht durch Unfälle, Störfälle oder mangelnde Sorgfalt gefährdet werden. Deshalb hat die Bundesregierung einen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Vorsorge gegen Chemieunfälle verabschiedet; er enthält strengere Schutzvorschriften, verschärfte Kontrollen, verbesserte Alarmsysteme, härtere Verfolgung von Umweltdelikten und strengere Auflagen für die Chemie-Industrie.

Mit uns geht es im europäischen Umweltschutz voran

Die Bundesregierung ist Motor für den Umweltschutz in Europa: Unter der deutschen EG-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 hat der EG-Umweltrat unter dem Vorsitz von Bundesminister Klaus Töpfer entscheidende Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt vereinbart:

■ Zur Rettung der Ozonschicht der Atmosphäre sollen die Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) drastisch vermindert werden. Die Bundesregierung hat in einer Vereinbarung mit der Industrie erreicht, daß bei uns der Ersatz von Fluorchlorkohlenwasserstoffen durch freiwillige Selbstbeschränkung erheblich schneller als in der für die EG vereinbarten Zeit vorankommt. 1986 wurden noch 26.000 Tonnen FCKW verbraucht, im ersten Halbjahr 1988 nur noch 2.600 Tonnen. Im nächsten Jahr wird die Industrie ganz auf Fluorchlorkohlenwasserstoff als Treibgas in Spraydosen verzichten.

- Schwefeldioxide und Stickstoffoxide aus Großfeuerungsanlagen (Kohle- und Ölkraftwerke) werden nunmehr auch europaweit vermindert.
- Die Grenzwerte für die Nutzung von Dieselmotoren wurden verschärft.
- Die Vorsorge gegen Störfälle in chemischen Anlagen wurde verbessert. Außerdem ist eine Verbesserung der vorsorglichen Information der Öffentlichkeit für den Fall eines schweren Unfalls vorgesehen.
- Von 1990 an ist es verboten, Abfallstoffe aus der Herstellung von Titandioxid ins Meer einzuleiten oder auf See zu verklappen. Dies gilt für feste Abfallstoffe ebenso wie für Dünsäure.

IV. Europäische Spitzentechnologie – weltweit vorn

Nur gemeinsam bleibt Europa an der Spitze

Heute ist Europas Wirtschaft weltweit Spitze. Mit einem Anteil von 6,7 Prozent der Weltbevölkerung hat die EG 18,3 Prozent des Weltbruttoinlandsprodukts erwirtschaftet und 32 Prozent des Welthandels abgewickelt. Aber es gibt keine Garantie dafür, daß dies so bleibt; denn die wirtschaftliche Spitzenstellung Europas wird von zwei Seiten angegriffen: auf der einen Seite durch leistungsfähige Schwellen- und Entwicklungsländer wie zum Beispiel Korea oder Singapur, auf der anderen Seite durch die mit uns konkurrierenden hochentwickelten Industrieländer, insbesondere Japan und die USA. So fiel zum Beispiel der Anteil von Hochtechnologie-Erzeugnissen an der Gesamtausfuhr von Fertigwaren in der EG zwischen 1982 und 1986 von 28 Prozent auf 27 Prozent, während er in Japan von 30 auf 38 Prozent und in den USA von 46 auf 52 Prozent stieg.

Im kommenden Jahrhundert wird Europa nur dann Spitze bleiben, wenn es die Hochtechnologie meistert. Wir Deutsche nehmen hier im internationalen Vergleich eine starke Stellung ein. Wir wissen aber, daß Europa nur gemeinsam eine Chance hat, auch in Zukunft seine technologische Spitzenposition zu erhalten, seine Exportmärkte zu sichern und seinen Wohlstand zu bewahren. Nur die europaweite Zusammenarbeit erlaubt die Bündelung technologischer Potentiale; sie vermeidet überflüssige Doppelarbeit, spart Geld und ermöglicht Projekte, die die finanziellen Möglichkeiten eines einzelnen Landes übersteigen.

Die Voraussetzungen sind äußerst günstig; denn mit 12 Mitgliedstaaten besitzt die EG ein gewaltiges Potential: eine leistungsfähige Industrie, gut ausgebildete Arbeitnehmer und qualifizierte Wissenschaftler. Die EG hat mehr als eine Million Wissenschaftler, von denen rund 450.000 Forscher sind. Dieses Potential gilt es bestmöglich zu nutzen.

Die Bundesregierung hat 1985 gemeinsam mit Frankreich die Initiative ergriffen und mit der Europäischen Forschungsinitiative EUREKA, an der inzwischen 19 europäische Staaten mitwirken, die Voraussetzung geschaffen, um im internationalen Wettbewerb neben den USA und Japan als gleichberechtigter Partner auch künftig bestehen zu können. EUREKA hat die technologische Zusammenarbeit in Europa nicht nur erheblich ausgeweitet, sondern ihr auch wichtige neue Impulse gegeben. Auf fünf weiteren EUREKA-Konferenzen haben sich die beteiligten Staaten auf 214

Hochtechnologie-Projekte geeignet, bei denen sie zusammenarbeiten wollen. EUREKA liefert damit einen entscheidenden Beitrag zur Schaffung der europäischen Forschungs- und Technologiegemeinschaft.

Wir haben Europas gemeinsamer Forschung neuen Schub gegeben

Unter der deutschen Ratspräsidentschaft sind im ersten Halbjahr 1988 in der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik wichtige Entscheidungen auf dem Weg zur Vollendung des Binnenmarktes gefallen. Das 1987 beschlossene mehrjährige EG-Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung mit neuen Mitteln von 11,2 Milliarden Mark wurde durch die Verabschiedung wichtiger Programme weiter ausgefüllt. Hervorzuheben sind vor allem:

■ Das Programm zur Förderung der Informationstechnologie ESPRIT II, mit dem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Informationsverarbeitungssystemen und Anwendungstechnologien der Informationstechnik gefördert wird, wurde im April 1988 verabschiedet. Deutsche Unternehmen und Forschungsinstitute erhalten damit zusätzliche Impulse für ihre Arbeit.

■ Das Programm Kernfusion (1988 — 1991) wird fortgesetzt. Die Gemeinschaft wendet hierfür aus ihrem Haushalt etwa 400 Millionen Mark jährlich auf, um eine langfristig verfügbare neue Energiequelle zu erschließen.

■ Das Programm für Technologische Grundlagenforschung (BRITE) in den Bereichen Lasertechnologie, Verbindungstechniken, Prüfmethode, neue Werkstoffe und Membrantechnik wurde auf rund 400 Millionen Mark aufgestockt.

Während der deutschen Ratspräsidentschaft konnten mehr als 60 Prozent der Finanzmittel des neuen Rahmenprogramms eingesetzt werden. Die einzelnen Programme sehen allein an Ausgaben der Gemeinschaft sechs Milliarden Mark vor und mobilisieren zusammen mit entsprechenden zusätzlichen Aufwendungen der Mitgliedstaaten ein Mehrfaches dieser Summe für die europäische Forschungs- und Technologiegemeinschaft.

Europäische Weltraumtechnologie sichert unsere Wettbewerbsfähigkeit

Die Rolle Europas in der Raumfahrt ist wesentlich für seinen wirtschaftlichen Rang, aber auch für sein politisches Gewicht in der Welt von morgen. Die Raumfahrt hat Schlüsseltechnologien entwickelt, die uns überzeugende Fortschritte in der Weltraumforschung und ihrer zivilen Nutzung ermöglichen. Darüber hinaus hat die Raumfahrtstechnik längst begonnen, eigene Märkte zu erschließen, so zum Beispiel bei den Satelliten. Die europäischen Projekte COLUMBUS (Weltraumlabor), ARIANE V (Trägerrakete) und HERMES (Raumgleiter) sind also technologische Herausforderungen, die sowohl die europäische Wettbewerbsfähigkeit stärken als auch die Unabhängigkeit von den amerikanischen, sowjetischen und japanischen Konkurrenten sichern.

Heute verdankt es Europa vor allem Frankreich, daß es in der Raumfahrtstechnik aus dem Wettbewerb mit der Sowjetunion, den USA und Japan nicht ausgeschieden ist. Aber auch die Bundesrepublik Deutschland kann inzwischen auf beachtliche Leistungen verweisen. Jeder Interessent kann heute bei der deutschen Industrie komplette Satellitensysteme samt Bodenstation bestellen. Unsere führende Rolle bei der Entwicklung des amerikanischen

Weltraumlabor SPACELAB und unsere Führung der D 1-Weltraummission haben uns eine weltweite Spitzenstellung in der Materialforschung und der biologischen Forschung unter den Bedingungen der Schwerelosigkeit gegeben.

Als führendes Industrieland muß die Bundesrepublik Deutschland in diesem wichtigen Bereich der Hochtechnologie ihre Spitzenstellung sichern und ihren Beitrag zur europäischen Weltraumfahrt leisten. Deshalb haben wir für das europäische Weltraumlabor COLUMBUS die Federführung übernommen. Wir machen mit beim Bau der neuen Trägersrakete ARIANE V und entwickeln den Raumgleiter HERMES, der in Verbindung mit ARIANE V Astronauten in eine Erdumlaufbahn befördern und zurückbringen soll. Für die Durchführung dieser vielfältigen Aufgaben werden wir eine eigene deutsche Weltraumorganisation einrichten, wie sie andere Länder längst haben.

Europa hat mit der industriellen Revolution die Menschheit auf den Weg des technischen Fortschritts geführt. Wenn sich Europa heute nicht an den neuen Entwicklungen im Weltraum beteiligt, werden die amerikanischen, sowjetischen und japanischen Wettbewerber bis zum Jahrtausende einen Vorsprung haben, der nicht mehr einholbar ist. Europa würde dann zum Lizenznehmer absinken. Eine solche Entwicklung jedoch müßte die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft gefährden und damit letztlich unsere soziale und politische Stabilität.

V. Europa ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft

Die Staaten Europas sind durch gemeinsame historische, geistige und kulturelle Erfahrungen verbunden, die älter sind als die europäischen Einigungsbestrebungen. Gemeinsam steht Europa in der Tradition der Antike, des Christentums und der Aufklärung. Philosophie, Wissenschaft, Dichtung und darstellende Kunst kannten noch nie nationale Grenzen — das kulturelle Europa geht dem politischen Europa voran.

Das Gefühl, der europäischen Kultur anzugehören und an einer gemeinsamen Identität Europas teilzuhaben, ist unabdingbare Voraussetzung für die Einigung Europas. Die Kultur Europas bildet das geistige Fundament der Europäischen Union, deren Ziele sich nicht auf die politische und wirtschaftliche Integration beschränken dürfen. Daher muß unsere Europapolitik der kulturellen Dimension einen gleichberechtigten Stellenwert einräumen.

Europäische Kultur – weltweit geachtet

Die CDU unterstützt alle Anstrengungen, das Bewußtsein einer gemeinsamen europäischen kulturellen Identität zu fördern und den konsequenten Ausbau aller Maßnahmen, die das Verständnis der Bürger Europas für die Kultur ihrer Nachbarn vertiefen.

Der Reichtum Europas ist seine kulturelle Vielfalt. Unser Ziel ist es, diese kulturelle, sprachliche und regionale Vielfalt zu bewahren. Dies ist nur in einem föderalistisch aufgebauten Europa möglich.

Die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes muß auch Auswirkungen auf den kulturellen Bereich haben. Wir streben dabei an:

- den freien Verkehr von Kulturgütern und kulturellen Dienstleistungen,

■ die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Künstler und die Schaffung neuer Arbeitsplätze im kulturellen Bereich.

Europäisches Theater und europäische Musik haben seit jeher weltweit prägende Kraft gehabt. Die Förderung junger europäischer Künstler ist deshalb nicht nur eine nationale, sondern eine europäische Aufgabe. Um das Zusammenwirken junger Künstler zu verbessern, wurden auf deutsche Initiative hin 1985 und 1988 die „Musiktage europäischer Studenten“ durchgeführt. In München fand 1985 das „Europäische Musikfest der Jugend“ statt, in Straßburg versammelten sich europäische Jugendchöre zum Festival „Europa cantat“. Beide Veranstaltungen standen im Zeichen des „Europäischen Jahres der Musik“. 1989 wird in Bonn das „Europäische Jugendtheatertreffen“ stattfinden. Der Förderung junger europäischer Künstler dient auch das „Jugendorchester der Europäischen Gemeinschaften“.

Die europäische Gesellschaft wird immer mehr zu einer Kommunikationsgesellschaft. Der Gemeinsame Europäische Markt wird deshalb auch zu einem europäischen Medienraum führen. Die Bürger der Gemeinschaft sollen nicht nur den größtmöglichen Zugang zu den jeweiligen Programmen anderer Mitgliedstaaten haben, sondern in Zukunft auch ein wirklich europäisches, mehrsprachiges Programm empfangen können. Die Integrationsfähigkeit der Massenmedien muß eine europäische Dimension erhalten.

Filme zum Beispiel aus Frankreich, Italien, Großbritannien oder der Bundesrepublik Deutschland finden weltweite Anerkennung und sind wichtige Spiegelbilder zeitgenössischer europäischer Kultur. Der Europarat und die Europäische Gemeinschaft haben das Jahr 1988 zum Europäischen Jahr des Films und des Fernsehens erklärt. Mit dieser Initiative soll die europäische Identität in den audio-visuellen Medien gegenüber nichteuropäischen Erzeugnissen gestärkt werden. In Berlin, der „Europäischen Kulturstadt 1988“, wird zum ersten Mal ein europäischer Filmpreis verliehen, der dem europäischen Film zu verstärkter Beachtung verhelfen und zugleich Berlins Ruf als Filmstadt festigen soll.

Wir schaffen das Europa der Bürger

Ein gemeinsames Europa der Bürger setzt ungehinderte Möglichkeiten der gegenseitigen Verständigung und des gegenseitigen Kennenlernens voraus. Besonderer Ausdruck solcher nachbarschaftlicher Verbundenheit über die Grenzen hinweg sind zum Beispiel die europäischen Städtepartnerschaften. Allein zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland gibt es zur Zeit über 1.300 Städtepartnerschaften. Vorbildlich ist auch das deutsch-französische Jugendwerk, an dessen Austauschprogrammen seit seiner Gründung 1963 mehr als fünf Millionen Jugendliche aus beiden Ländern teilgenommen haben. Unter der deutschen EG-Präsidentschaft wurde auch der europäische Jugendaustausch verstärkt, der durch das Aktionsprogramms „Jugend für Europa“ in den nächsten vier Jahren etwa 30.000 Jugendliche zusammenführen wird.

Sprachkenntnisse sind das wichtigste Mittel, um die Kultur und die Menschen anderer europäischer Länder zu verstehen. Die Verbesserung der Sprachkenntnisse der europäischen Bürger durch Förderung der Mehrsprachigkeit ist deshalb ein vorrangiges politisches Ziel.

Die unter der deutschen EG-Präsidentschaft erreichte gegenseitige Anerkennung der Hochschuldiplome hat eine wichtige Voraussetzung für berufliche Mobilität in Europa geschaffen und darüber hinaus neue Anreize dafür geschaffen, an einer ausländischen Universität zu studieren. Auch die verstärkte europäische Zusammenarbeit von Wirtschaft

und Hochschulen hat durch das 1986 gegründete COMETT-Programm und das seit 1987 existierende ERASMUS-Austauschprogramm der Europäischen Gemeinschaft neue Schubkraft erhalten.

VI. Europa sichert uns Frieden und Freiheit

Europa – Gemeinschaft des Friedens und der Freiheit

Das Europäische Einigungswerk ist eine einzigartige geschichtliche Leistung für den Frieden und die Freiheit. Mit ihr wurde ein Schlußstrich unter die jahrhundertlange Geschichte der Kriege im freien Teil Europas gezogen. Seit vier Jahrzehnten ist Westeuropa eine Region der Stabilität und des Friedens, während in anderen Teilen der Welt über 150 Kriege Not und Elend über die Menschen brachten.

Die Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft und zum Atlantischen Bündnis hat der Bundesrepublik Deutschland die Rückkehr in die Völkergemeinschaft als gleichberechtigtes Mitglied ermöglicht. Diese Zugehörigkeit garantiert uns ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

Diese geschichtliche Entwicklung ist untrennbar mit den politischen Leistungen der CDU und der von ihr geführten Bundesregierungen verbunden. Es waren Christliche Demokraten, die mit der Europäischen Gemeinschaft das Modell für eine dauerhafte Friedensordnung in Freiheit geschaffen haben. Sie ist nicht nur eine Wirtschafts-, sie ist vor allem eine Wertegemeinschaft. Sie baut auf dem Fundament gemeinsamer Überzeugungen der freien Völker auf: Herrschaft des Rechts, Freiheit der Person, soziale Gerechtigkeit und Achtung der universalen Menschenrechte, darunter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Die Europäische Gemeinschaft ist Vorbild und Signal für alle europäischen Völker. Es bleibt unser Ziel, eine freiheitliche Friedensordnung für ganz Europa zu schaffen.

Europa – Anwalt für Demokratie und Menschenrechte

In der westeuropäischen Staatengemeinschaft sind die Demokratie und die Menschenrechte fest verankert. Die Europäische Menschenrechtskonvention, die von den Mitgliedstaaten des Europarates erarbeitet wurde, ist rechtsverbindlich und gibt auch dem einzelnen Bürger einklagbare Rechte. Der Europarat und das Europäische Parlament haben sich als Verteidiger der Menschenrechte nach innen und außen erwiesen.

Unter dem Einfluß der Europäischen Gemeinschaft haben sich Spanien und Portugal, die jahrzehntelang unter Diktaturen gelitten hatten, zu demokratischen Staaten gewandelt.

Die Respektierung der Menschenrechte ist eine wesentliche Voraussetzung für den Frieden – denn Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Die europäischen Demokratien setzen sich deshalb für die Menschenrechte in ganz Europa und in der Welt ein und stehen an der Seite der Verfolgten und Unterdrückten.

Gemeinsam Europas Sicherheit erhalten und die Abrüstung fortsetzen

Nur ein starkes und einiges Europa, das gemeinsam seine Sicherheitsinteressen bestimmt und auch gemeinsam vertritt, kann auf Dauer ein gleichberechtigter Partner der Vereinigten Staaten von Amerika sein. Dies bedeutet vor allem, daß Europa noch mehr als bisher bereit sein muß, die mit der Wahrung seiner Sicherheit verbundenen Lasten politisch, militärisch und finanziell voll mitzutragen.

Deshalb wollen wir den europäischen Pfeiler des Bündnisses weiter stärken. Die Schaffung einer Europäischen Sicherheitsgemeinschaft ist eine wichtige Aufgabe der Zukunft. Sie ist nicht als Alternative zur NATO gedacht, sondern als ihr Bestandteil. Auf dem Weg dahin ist die Wiederbelebung der Zusammenarbeit in der Westeuropäischen Union (WEU) ein wichtiger Fortschritt. Auch die „Europäische Politische Zusammenarbeit“ (EPZ) hat sich als Instrument für gegenseitige Information, Konsultation und Abstimmung in allen Fragen der Außenpolitik bewährt. In der Einheitlichen Europäischen Akte haben sich die Mitglieder der Gemeinschaft auf die Ziele einer europäischen Außenpolitik und einer europäischen Sicherheitspolitik festgelegt.

Entscheidende Impulse für eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik sind in den letzten Jahren von der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich ausgegangen. Helmut Kohl und François Mitterrand haben Schritt für Schritt die militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit unserer Länder ausgebaut. Die Vereinbarung über die Schaffung des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates vom 22. Januar 1988 in Paris ist ein Beweis dafür, daß Deutsche und Franzosen eine Sicherheitsgemeinschaft bilden.

Die integrierte deutsch-französische Brigade, deren Aufstellung am 1. Oktober 1988 begonnen hat, soll ein wirksamer und ausbaufähiger Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung werden. Wir müssen darangehen, eine gemeinsame europäische Verteidigung schrittweise in die Tat umzusetzen, möglichst — wenn auch erst am Ende des Weges — mit einer europäischen Armee.

Die Europäer im Bündnis haben in den vergangenen Jahren wichtige Initiativen für den Fortgang und den Ausbau von Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa und weltweit ergriffen. Die Konferenz für Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE), die auf eine deutsch-französische Anregung zurückging und im September 1986 in Stockholm endete, hat es erstmals ermöglicht, Rüstungskontrollvereinbarungen vor Ort zu überprüfen. Solche Kontrollmöglichkeiten hatte die Sowjetunion jahrelang als Spionagemassnahmen abgelehnt.

Mit der Einigung auf die Abschaffung der sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen im Dezember 1987 wurde erstmalig ein weitreichender Schritt zu wirklicher Abrüstung getan, an dessen Zustandekommen Bundeskanzler Helmut Kohl erheblichen Anteil hat.

Damit wir durch Rüstungskontrolle und Abrüstung zu mehr Sicherheit in Europa gelangen, sind aber noch weitere Schritte zu ausgewogener und überprüfbarer Abrüstung erforderlich. Entscheidend ist dabei die Schaffung eines stabilen Kräfteverhältnisses der konventionellen Streitkräfte auf niedrigerem Niveau, denn der Kern des europäischen Sicherheitsproblems ist die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes, insbesondere seine Fähigkeit zur Invasion Westeuropas.

Freiheit, Frieden und eine stabile Ordnung in Europa sind auf Dauer jedoch nur möglich, wenn über Abrüstung und Rüstungskontrolle hinaus Fortschritte bei der Minderung und Beseitigung der politischen Ursachen der Spannung erreicht werden.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki. Die CDU wird deshalb weiterhin konsequent die Einhaltung und Umsetzung dieser Akte auch in den Staaten des Warschauer Paktes einfordern. Die Europäische Gemeinschaft unternimmt jede Anstrengung, um bei den KSZE-Verhandlungen in Wien weitere Fortschritte zu erzielen. Es geht vor allem auch darum, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen und die Menschen einander näherzubringen.

Europas Verantwortung in der Welt nimmt zu

Mit 320 Millionen Bürgern ist die Europäische Gemeinschaft zu einem bedeutsamen Faktor der Weltpolitik geworden. Nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Anziehungskraft der Gemeinschaft in der Welt hat zugenommen. Mehr als 100 Staaten Afrikas, Asiens und Amerikas suchen die Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft und unterhalten diplomatische Beziehungen mit ihr. Dies ist das Ergebnis der konsequenten außenpolitischen Zusammenarbeit der Europäer. Die „Europäische Politische Zusammenarbeit“ (EPZ) ist neben der wirtschaftlichen Integration zur zweiten Säule des europäischen Einigungsprozesses geworden. Keiner der europäischen Partnerstaaten hat allein das Gewicht, das Gemeinsamkeit in der Außenpolitik geben kann – nur geeint kann Europa seine Rolle als Friedensmacht spielen.

Europäische Außenpolitik ist weltweite Friedenspolitik. Immer deutlicher wird das Europa der Zwölf als Vermittler in Konflikten und Krisen anderer Weltregionen akzeptiert und gewünscht. Weltpolitische Verantwortung trägt Europa vor allem in den Krisenherden im Nahen und Mittleren Osten, im südlichen Afrika und in Zentralamerika. Die Einhaltung der Menschenrechte in aller Welt und die Bekämpfung des Terrorismus gehören zu den vorrangigen Aufgaben europäischer Außenpolitik.

Die Kooperationsverträge der Europäischen Gemeinschaft mit den Mittelmeerstaaten, mit den in der ASEAN zusammengeschlossenen asiatischen Ländern, mit den Staaten Zentralamerikas und den Golfstaaten beweisen, daß Europa bereits heute ein wichtiger Partner in der Weltpolitik ist.

Neue Perspektiven für eine Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas hat die Unterzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung“ zwischen der EG und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) Ende Juni 1988 eröffnet. Nachdem es die kommunistischen Staaten jahrzehntelang abgelehnt hatten, die Europäische Gemeinschaft völkerrechtlich anzuerkennen und als Partner zu akzeptieren, ist nun ein Durchbruch gelungen, der die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit der Gemeinschaft zum Beispiel mit Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion ermöglicht. Auch diese Länder blicken mit großen Erwartungen auf die Staaten des freien Europas, denn an der Wirtschaftsmacht Europäische Gemeinschaft kann heute niemand mehr vorbeigehen.

Europa – ein fairer Partner der Dritten Welt

Der Frieden wird nicht nur durch Waffen bedroht. Überall dort, wo Menschen verhungern, wo ihre Grundbedürfnisse nach Nahrung, Gesundheit, Obdach und Bildung mißachtet

werden — da ist der Frieden in Gefahr. Die Bedeutung Europas für die Dritte Welt ist ständig gewachsen. Die EG und ihre Mitgliedstaaten leisten heute rund ein Drittel der Weltentwicklungshilfe (ebenso viel wie die USA und Japan zusammen und das Dreifache der Entwicklungshilfe des Ostblocks).

Die Europäische Gemeinschaft hat als bedeutende Wirtschaftsmacht neben den USA, Japan und Kanada entscheidenden Einfluß auf das internationale Handels-, Wirtschafts- und Finanzgefüge. Sie muß deshalb ihrer Verantwortung für die Entwicklung der Weltwirtschaft und gegenüber den Entwicklungsländern gerecht werden. Unsere vordringliche Aufgabe ist es, protektionistische Maßnahmen zu beseitigen und Dauersubventionen abzubauen. Die EG muß ihre Märkte verstärkt auch für die Produkte aus den Entwicklungsländern öffnen.

Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes darf nicht zu einer protektionistischen Abschottung führen. Bei einem Anteil der zwölf EG-Staaten am Welthandel von 25 Prozent (USA 12 Prozent, Japan 10 Prozent) muß Europa offenbleiben. Die CDU will den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft in ihrer Europapolitik und international Geltung verschaffen. Ein offenes Welthandelssystem bringt Vorteile für alle Länder.

Grundlage der Zusammenarbeit der EG mit den Entwicklungsländern sind die Abkommen von Lome mit 64 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten). Sie sind ein Modell für eine faire, umfassende partnerschaftliche Zusammenarbeit von Industrie- und Entwicklungsländern, die nicht nur die Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft der Entwicklungsländer anstrebt, sondern auch die Achtung der Menschenrechte und die persönliche Entfaltung der Menschen zum Ziel hat.

Während der deutschen EG-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 wurden die Weichen für den 4. Vertrag von Lome (Lome IV) gestellt, der 1990 in Kraft treten soll. Bewährte Elemente der Zusammenarbeit sollen fortgeführt werden, Umweltschutz und Bevölkerungspolitik neu hinzutreten. Auch will die Gemeinschaft vor allem hochverschuldeten Ländern bei wirtschaftlichen Reformen und Anpassungsmaßnahmen helfen.